

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heidemarie Lüth, Rosel Neuhäuser, Petra Bläss, Dr. Heidi Knake-Werner und der Gruppe der PDS

zu der Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
– Drucksache 13/11401 –

– Sammelübersicht 391 zu Petitionen –

Der Bundestag wolle beschließen,
die Petition 3-13-11-830-050397 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 3. September 1998

Heidemarie Lüth
Rosel Neuhäuser
Petra Bläss
Dr. Heidi Knake-Werner
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Forderung des Petenten, das Niveau des Zahlbetrages der Versorgungsleistungen in den neuen Bundesländern an das der alten Bundesländern anzugleichen, ist gerechtfertigt, da seit langem die Angleichung der Lebenshaltungskosten Ost an West erfolgt ist. Daß die Einkommensverhältnisse (Lohn- und Gehalts- sowie Rentenentwicklung) immer noch der Ausgabenentwicklung hinterherhinken, ist zuvörderst den politischen Entscheidungen des Gesetzgebers und der Tarifpartner geschuldet. Für ältere Menschen und insbesondere Geschädigte ist es sozial untragbar, dem für sie scheinbar unüberbrückbaren Widerspruch zwischen Einkommen und Ausgaben weiterhin hilflos ausgeliefert zu sein.

Zu dem sind Ansprüche von Kriegsoptionen z. T. bereits vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zugebilligt worden, was die heutige Ungleichbehandlung zwischen Ost und West noch widersinniger erscheinen läßt.

Notwendig wäre, unverzüglich alle Alterseinkünfte in den neuen Bundesländern per Rechtsakt dem Niveau der alten Bundesländer anzugleichen.

Bei Kriegsoffern, die aus der Natur der Sache heraus zu den Hochbetagten gehören, ist ein Nachteilsausgleich für gesundheitliche Schädigungen in Ost und West besonders vordringlich. Das mit dem Anliegen des Petenten aufgezeigte Problem gibt somit Anlaß, die Petition an die Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, um das Anliegen noch einmal zu prüfen und nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen.